



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Bericht zur Auswirkung der steigenden Preise auf die Konversion von Komplexeinrichtungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie schriftlich und mündlich über die Auswirkungen der steigenden Preise (Energie, Baumaterial, sowie allgemeine Inflation) auf die Umsetzung der Konversion von Komplexeinrichtungen zu berichten.

Dabei soll auch auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Sind der Staatsregierung Fälle bekannt, in welchen es bei bewilligten Projekten der Konversion von Komplexeinrichtungen zu Kostensteigerungen kam?
- Sind der Staatsregierung Fälle bekannt, in welchen ein bereits bewilligtes Projekt der Konversion von Komplexeinrichtungen aufgrund der steigenden Preise gestoppt wurde?
- Wie wird mit dem Eigenanteil der Betreiber umgegangen, der aufgrund der steigenden Baukosten ebenfalls ansteigt?
- Welche Möglichkeiten gibt es, die steigenden Kosten, beispielsweise durch eine erneute Beantragung zu kompensieren?
- Überlegt die Staatsregierung bestimmte Vorkehrungen zu treffen, um die steigenden Kosten bei der Förderung stärker zu berücksichtigen?

Begründung:

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben sich die Baupreise im Zeitraum von November 2021 bis November 2022 um 16,9 Prozent erhöht.¹ Diese Entwicklung wirkt sich auf alle Bauvorhaben aus und somit auch auf die Konversion von sog. Komplexeinrichtungen. Die Komplexeinrichtungen sind große Einrichtungen der Eingliederungshilfe, die vielen Menschen mit Behinderung einen Wohnraum bieten und gleichzeitig auch weitere Aspekte, wie Arbeit oder Freizeitgestaltung an einem Ort anbieten. Diese Einrichtungen befinden sich oft an abgelegten Orten mit einer schlechten Anbindung an den Nahverkehr. Die Menschen mit Behinderung leben in diesen Einrichtungen mehr oder weniger nur unter sich und haben somit wenig Kontakt zu Menschen ohne Behinderung. Die Konversion dieser Komplexeinrichtungen soll dazu führen, dass diese großen Einrichtungen entweder auch für Menschen ohne Behinderung geöffnet werden oder dass die großen Einrichtungen dezentralisiert werden. Ein dezentrales Wohnen in den Orten oder auch die Öffnung der Einrichtungen für Menschen ohne Behinderung entspricht dem Gedanken einer inklusiven Gesellschaft.

¹ Vgl. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_011_61261.html

Aufgrund der gestiegenen Baupreise könnte jedoch dieses Vorhaben verlangsamt werden bzw. es könnte sogar zu Baustopps kommen. Sollten die Betreiber alle gestiegenen Kosten selbst tragen müssen oder einen deutlich erhöhten Eigenanteil leisten, könnte dies fatale Folgen haben.

Die Staatsregierung soll daher dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie umfassend darüber berichten, ob ihr bereits Fälle bekannt sind, in welchen es zu Preissteigerungen kam. Zudem soll sie auch berichten, welche Maßnahmen geplant sind, um diesem Problem zu begegnen.